FR Samstag, 17. Oktober 2020

Boris Johnsons nächste Drohkulisse

Nur Getöse oder echte Gefahr? Der britische Premier bekräftigt seine Brexit-Forderungen gegenüber der EU

VON KATRIN PRIBYL

Beobachter der Brexit-Saga hatten sich bereits seit Wochen auf mehr Drama eingestellt. Und wie üblich in der Geschichte London gegen Brüssel lieferte Großbritannien: Premierminister Boris Johnson wandte sich am Freitag von der Downing Street aus mit einem Statement sowohl an die Nation als auch an die EU.

Sollte diese ihren Ansatz in den Verhandlungen nicht grundlegend ändern, werde es einen Brexit ohne Handelsabkommen geben, so der konservative Regierungschef. Ein Deal mit Brüssel sei unwahrscheinlich, die andere Seite verhandele nicht ernsthaft. Diese wolle dauerhaft in der Lage sein, die legislative Freiheit sowie die Fischgründe Großbritanniens zu kontrollieren – „auf eine Weise, die völlig inakzeptabel für ein unabhängiges Land ist“.

Johnson schoss mit scharfen Worten in Richtung Brüssel, aber das konnte kaum seine eigentliche Botschaft kaschieren: Das Königreich verhandelt weiter. Trotz Johnsons Ultimatum, das er ursprünglich bis zum 15. Oktober gesetzt hatte. Trotz des angekündigten Rechtsbruchs, der das Klima weiter vergiftet hat. Und trotz der seit Wochen lauter werdenden Drohungen aus London.

Die Strategie ging nicht auf, denn die EU ließ nicht nur die Frist ungerührt verstreichen, sondern machte bislang insbesondere bei der großen Streitfrage der Fischerei, die auf beiden Seiten des Ärmelkanals emotional diskutiert wird, auch keine Zugeständnisse. Uneinig sind sich die Verhandlungspartner zudem beim Thema der gemeinsamen Marktstandards. Während Brüssel auf gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft pocht, was Umwelt-, Sozial- und Subventionsstandards angeht, fordert London Autonomie.

Regierungschef als Retter

Hinzu kommt, dass Großbritannien nichts mehr mit dem in Brexit-Kreisen verhassten Europäischen Gerichtshof zu tun haben will, wohingegen die EU ein zuverlässiges Schlichtungsinstrument verlangt für den Fall von Vertragsbrüchen.

Nun also herrscht wieder Krise. Auf der Insel ist man sich nicht sicher, wie ernst es Johnson mit dem harten Bruch meint. Handelte es sich am Freitag um eine politische Schaufenster-Rede, mit der er vor seinen Landsleute Stärke zeigen wollte, indem er jetzt laut gen Brüssel poltert und sich in wenigen Wochen als Retter eines Deals inszeniert? Oder würde er es riskieren, dass mit dem Ablauf der Übergangsfrist am 31. Dezember dieses Jahres, in der das Königreich noch im Binnenmarkt und der Zollunion ist, die Regeln der Welthandelsorganisation greifen?

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dass sich britische Unternehmen, Logistiker und Reisende auf diesen Fall vorbereiten sollten, so Johnson. Es drohen Zölle und Kontrollen, die den Im- und Export von Produkten in beide Richtungen verteuern und schlimmstenfalls zu kilometerlangen Lastwagen-Staus in den Häfen der britischen Insel führen könnten.

Noch immer heißt es hinter den Kulissen in London, dass Johnson eine Vereinbarung anstrebt, auch weil er innenpolitisch aufgrund der Corona-Pandemie unter massivem Druck steht. Gleichwohl schränken Experten ein, dass ein „No Deal“ zwar zu Chaos führen würde, es aber auch kein absolutes Desaster wäre. „Der Unterschied zwischen einem Szenario mit Abkommen und einem ohne Abkommen ist deutlich geringer geworden“, sagt Politikwissenschaftler Anand Menon.